

Plattform der Aktion „Sozialer Aufbruch“

Einspruch gegen den Abbau der sozialen Gerechtigkeit

Mit einer neuen, inhaltlichen Plattform will die Aktion „Sozialer Aufbruch“ aufzeigen, wohin der Zug fährt, wenn die Weichen nicht anders gestellt werden. Sie will Menschen sprachfähig machen, nicht unwidersprochen hinzunehmen, was so unausweichlich scheint.

Alles bricht um in unserer Gesellschaft. Nichts bleibt so, wie es war. Obwohl wir reich an Vermögen und an gesellschaftlichem und technischem Wissen sind, wird dies nicht eingesetzt

- um Arbeitsplätze einzurichten und zu erhalten,
- um soziale Sicherungssysteme gerecht zu gestalten und zu finanzieren,
- um staatliche Aufgaben vor Ort wahrzunehmen und zu finanzieren.

Der Staat wird aufgegeben. Die Gesellschaft wird umgebaut. Die Menschen spüren, dass es um sie und ihre Zukunft geht. Und empfinden Ohnmacht gegenüber dieser Dynamik.

Der neue Staat

Was die Deutschen zurzeit erleben, ist die Abkehr vom Sozialstaat. Die politischen Parteien übertreffen sich darin, Kosten im Sozialbereich zu sparen.

Der Sozialstaat wird zu Grunde reformiert. „Agenda 2010“, „Hartz“, „Herzog“, „Rürup“, „Gesundheitsreform“ und „Rentenreform“ - ein Sparkonzept jagt das nächste. Stück für Stück werden bisherige solidarische Grundwerte aufgeweicht und aufgelöst.

Wird Wirklichkeit, was die politischen Parteien mehrheitlich planen, steht uns ein neuer Staat ins Haus: ein Staat, in dem die Menschen mit ihren Lebensrisiken allein gelassen werden. Die Menschen müssen immer mehr selbst tragen: bei Gesundheit, Arbeitslosigkeit und Alter.

Am Ende bleibt für immer mehr Familien das Leben in der Sozialhilfe. Denn Verlierer der heutigen politischen Entwicklung kann mittlerweile ganz unverschuldet jeder und jede sein.

Das neue Menschenbild

Das Menschenbild der neuen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verrät die bisherigen Ideale der Bundesrepublik Deutschland.

Die neuen Forderungen an die Menschen lauten: Funktioniert perfekt! Seid beruflich flexibel, zieht um, pendelt, arbeitet ohne Ende! Werdet nicht krank! Seid bescheiden!

Für die Risiken ihres Lebens sollen die Menschen zunehmend selbst vorsorgen. Das Tarifsystem, Garant für gerechte Entlohnung und Absicherung im Erwerbsleben, droht zerlöchert zu werden.

Krankheit und Alter werden zu Unwägbarkeiten, Unterstützung und Rente werden zusammengestrichen. Ein Leben in Armut ist für viele Betroffene eine realistische Zukunft.

Die viel gepriesene Zukunft der Jugendlichen wird verspielt: Reformpolitiker streichen eifrig Geld in den Bereichen Bildung, Jugendarbeit, Jugendhilfe und Eingliederung ins Berufsleben.

Das neue Gesellschaftsbild

Am Ende des Umschichtens steht eine neue Gesellschaft. Diese neue Gesellschaft wird vom Kosten-Nutzen-Denken beherrscht.

Was morgen unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zählen, unterscheidet sich extrem vom heutigen Verständnis:

- In Zukunft ist Freiheit auf den egoistisch betriebenen Erwerb von Einkünften und Vermögen reduziert. Chancengleichheit für Alle soll nicht länger meine persönliche Freiheit einschränken.
- Gerechtigkeit wird als die Entlohnung von Arbeitsleistung definiert. Ein gerechter Anteil an Grundversorgung vom gesellschaftlichen Reichtum wird verwehrt.
- Solidarität wird auf die je nach Situation bewertete Abwendung von existenzieller Not in individueller, caritativer Fürsorge für Notleidende reduziert. Solidarität heißt nicht länger sozialer Ausgleich von Interessen, Teilhabechancen und materiellen Gütern in der Gesellschaft.

Was wir wollen

Offensichtlich gibt es keinen Konsens mehr über das, was unsere Gesellschaft zusammenhält. In einem schleichenden politischen Prozess wird der von der Verfassung geforderte Sozialstaat ausgehöhlt und der Willkür eines neoliberalen und ausschließlich ökonomisch bestimmten Weltbildes überlassen.

Diesem schleichenden politischen Prozess möchten wir eine bewusste gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Grundlagen unseres Zusammenlebens entgegensetzen!

Wir streiten für die Reform des Sozialstaates in einer Art und Weise, dass er sowohl finanziell als auch gesellschaftlich zukunftsfest wird und weiter dem sozialen Frieden dient.

Ein Gesellschaftsvertrag, der bei allen Reformen beinhaltet:

- weitere bzw. bessere Absicherung sozialer Bedürfnisse bei Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit,
- ausreichende, offen zugängliche Bildungs-, Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten,
- eine wirklich kinder- und familienfreundliche Politik, von der Besteuerung bis zur Betreuung,
- Stärkung der staatlichen Handlungsfähigkeit durch gerechte Besteuerung aller Einkünfte und Vermögen.

Damit diese Ziele erreicht werden, ist es zwingend notwendig, möglichst viele Gruppen der Bevölkerung in die Lage zu versetzen, bei der Verständigung über einen neuen Gesellschaftsvertrag mitzusprechen.

Wir lassen uns nicht den Mythos einreden, eine solche Gesellschaft können sich unser Staat nicht mehr leisten.

Wir wollen die Menschen in unserer Region*) sprachfähig machen, den Mythen und den Auswirkungen der verheerenden Reformpolitik entgegenwirken zu können. Damit die Menschen unserer Region wieder den Mut haben, konkret und konstruktiv aufzuzeigen, welche Alternativen zur aktuellen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bestehen.

Wir suchen gesellschaftliche Institutionen und Organisationen sowie engagierte Einzelpersonen, die unsere Ziele und Vorstellungen teilen, und die sich dem überparteilichen Bündnis anschließen, um gemeinsam die öffentliche Debatte zu beeinflussen.

*) Region = Kreise Aachen, Düren, Euskirchen, Heinsberg und Stadt Aachen

Initiatoren:

Aachener Friedenspreis e.V.
Deutscher Gewerkschaftsbund Region NRW-Südwest
Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB), Bezirk Aachen-Stadt/Eifel

Mitunterzeichner:

Aachener Forum Tätigkeitsgesellschaft
Aachener Verein zur Förderung von Eigenarbeit e.V.
Attac Wurmatal
Christliche Arbeiterjugend, CAJ Diözese Aachen e.V.
Der PARITÄTISCHE, Kreisgruppe Düren, Vorstand
Ortsvorstand der IGMetall Verwaltungsstelle Aachen
Vorstand des Katholikenrates der Kirchenregion Aachen-Stadt
Katholikenrat der Region Düren
Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V.
Pfarrgemeinderat St. Elisabeth, Aachen
Pro Arbeit e.V.
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirk Aachen/Düren/Erft
Sprecherkreis Bündnis ZAK, Zukunft Arbeitsplatz Kirche